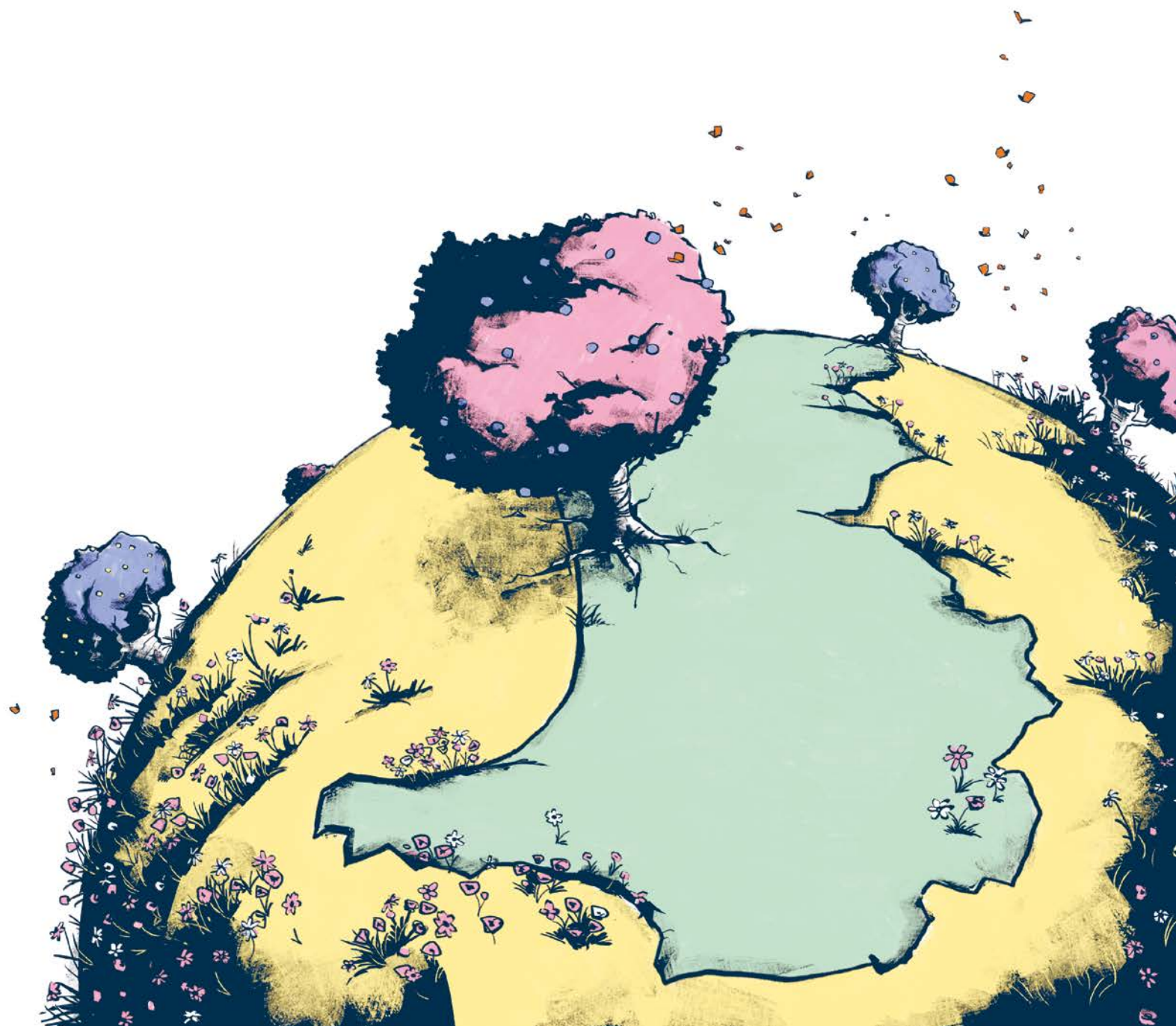


Die liechtensteinische Aussenpolitik
verlässlich **engagiert** **solidarisch**



VERLÄSSLICH **6**

Enge Beziehungen mit der Schweiz	8
Starke Verbundenheit mit Österreich	10
Regel wirtschaftlicher Austausch mit Deutschland	12
Wichtige bilaterale Partner	13
Hervorragend in Europa integriert	14
Wirtschaftliche Vernetzung	16

IN DER GANZEN WELT VERNETZT **18**

ENGAGIERT **24**

Schutz der Menschenrechte	26
Sicherheit und Verbrechensbekämpfung	28

SOLIDARISCH **30**

Klimapolitik	32
Internationale Solidarität	34

Sehr geehrte
Leserinnen und Leser

Liechtenstein hat sich seine Grösse zur Tugend gemacht. Für die Aussenpolitik bedeutet dies, dass wir Schwerpunkte setzen und uns dort einbringen, wo wir einen Mehrwert schaffen und unsere Interessen vertreten können. Eine solche Priorisierung verlangt Mut – Mut, bestimmte Themen anderen vorzuziehen.

Liechtensteins Aussenpolitik hat sich aus dem Bestreben entwickelt, die Souveränität und Unabhängigkeit unseres Landes abzusichern.

In Anbetracht des Weltgeschehens haben diese Anliegen bis heute nichts an Aktualität verloren. Die Grundpfeiler unserer Aussenpolitik sind in den letzten Jahren konstant geblieben: Nachbarschaftspolitik, eine enge Einbindung in Europa und ein starkes Bekenntnis zum Multilateralismus. Liechtenstein gehört zu den Gründungsmitgliedern der OSZE und trat 1978 dem Europarat bei. Im Jahr 1990 wurde Liechtenstein Mitglied bei der UNO und 1995 beim EWR. Damit haben wir den Rahmen für unsere Aussenpolitik gesetzt. Auf dieser Grundlage hat sich unser aussenpolitisches Tätigkeitsfeld im Lauf der Jahre konstant erweitert.

Eine erfolgreiche Aussenpolitik kommt letztlich von innen. Sie muss von der Bevölkerung getragen werden und ist damit auch Interessenspolitik. Nur wenn die Politik für die Menschen und die Wirtschaftstreibenden nachvollziehbar ist, können wir auf der internationalen Ebene glaubhaft agieren.

Gerade weil sich die Welt in den vergangenen Jahren dramatisch verändert hat, ist unser engagiertes, solidarisches und verlässliches Handeln so wichtig. Wir müssen dort Prioritäten setzen, wo wir einen authentischen Beitrag leisten können. Ein Beispiel hierfür ist unser traditionelles Engagement im Bereich der humanitären Zusammenarbeit.

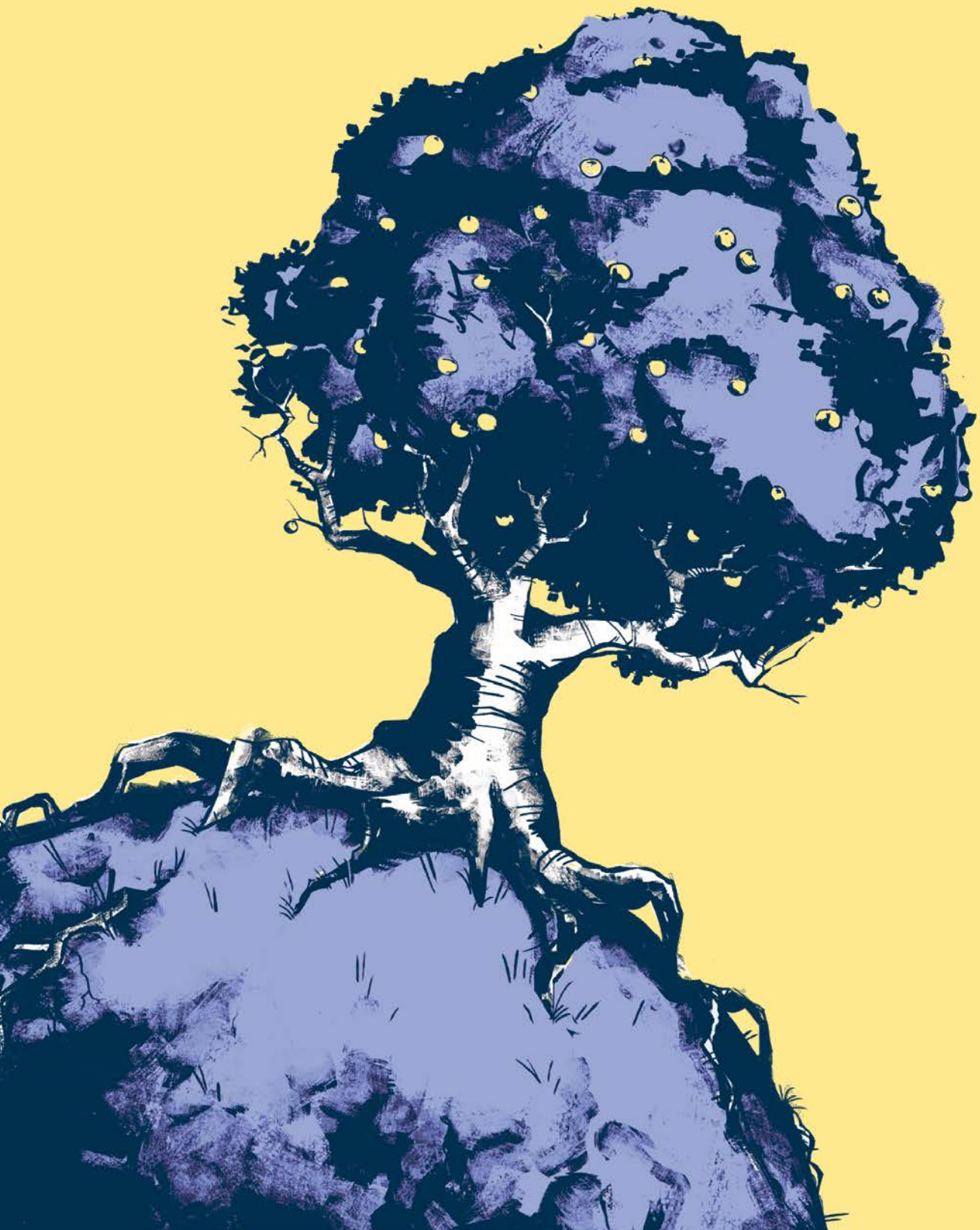
Der vorliegende Bericht soll Ihnen ein klar verständliches Bild vermitteln, wo, wie und weshalb sich Liechtenstein aussenpolitisch engagiert.

Ich hoffe sehr, Sie mit dieser Lektüre zu inspirieren und zu einer kritischen Auseinandersetzung mit unserer Aussenpolitik anzuregen. Denn eines steht fest: Aussenpolitik lebt vom Austausch mit Menschen. Sie bedeutet, Verantwortung gegenüber uns selbst und der Welt zu übernehmen. Und Aussenpolitik ist kein abstraktes Tätigkeitsfeld, sie ist ein Auftrag an uns alle.

Ihre



*Dr. Aurelia Frick
Ministerin für Äusseres,
Bildung und Kultur*





verlässlich

- Enge Beziehungen mit der Schweiz
- Starke Verbundenheit mit Österreich
- Regler wirtschaftlicher Austausch mit Deutschland
- Wichtige bilaterale Partner
- Hervorragend in Europa integriert
- Wirtschaftliche Vernetzung

Enge Beziehungen mit der Schweiz

8

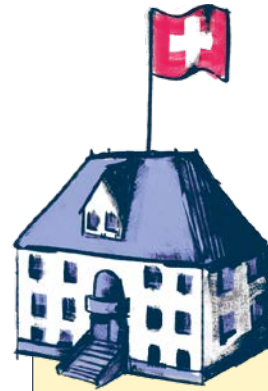
Die Schweiz ist seit Inkrafttreten des Zollvertrages im Jahr 1924 der wichtigste bilaterale Partner Liechtensteins. In den darauf folgenden Jahrzehnten kamen zahlreiche weitere bilaterale Vereinbarungen auf Bundesebene dazu. Heute sind es gesamthaft deren 106 – die Verträge mit den benachbarten Kantonen nicht eingerechnet.

Auf Basis dieser Vereinbarungen arbeiten Liechtenstein und die Schweiz nicht nur in wirtschaftlichen Belangen, sondern auch in einer Vielzahl weiterer Bereiche eng zusammen – so beispielsweise in der Bildung, im Gesundheitswesen, bei der Sicherheit, in der Landwirtschaft, bei den indirekten Steuern und Abgaben sowie im sozialen Bereich. Aufgrund unterschiedlich gewählter Wege der beiden Nachbarstaaten in Bezug auf die Beziehungen zur Europäischen Union (EU), aber auch bedingt durch weitere Entwicklungen entsteht immer wieder die Notwendigkeit zur Anpassung der bilateralen Vereinbarungen, wobei sich

auch neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit ergeben. Die engen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz durch die Zoll- und Währungsunion und die damit verbundene offene Grenze geniessen in der Bevölkerung bis heute grössten Rückhalt.

Die enge Zusammenarbeit findet nicht nur auf der bilateralen Ebene statt, sondern auch im Rahmen multilateraler Organisationen. Hier hat sich im Laufe der Jahre zwischen Liechtenstein und der Schweiz sowie den anderen deutschsprachigen Staaten eine vielfältige Zusammenarbeit entwickelt, die auf geteilten Werten und dem Respekt für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit basiert.

Die engen Verbindungen der beiden Länder widerspiegeln sich auch in der regen Besuchsdiplomatie auf Ebene der Parlamente, der liechtensteinischen Regierungsmitglieder mit Mitgliedern des Bundesrates und einem intensiven Austausch auf Beamtenebene.



Konsularische Vertretung Liechtensteins

Da Liechtenstein nur über wenige Vertretungen im Ausland verfügt, übernimmt die Schweiz seit 1919 die Wahrung der Interessen Liechtensteins und seiner Staatsangehörigen im Ausland. In allen Ländern, in denen Liechtenstein über keine eigene Vertretung verfügt, erhalten liechtensteinische Staatsangehörige in Not Hilfe und Rat bei der Schweizer Botschaft oder dem Schweizer Generalkonsulat vor Ort.



Pendler und Arbeitsstellen

53,3 Prozent der Arbeitskräfte in Liechtenstein (19 551 von gesamtthaft 36 680 Beschäftigten per Ende 2014) haben ihren Wohnsitz im Ausland. In der Schweiz wohnhafte Personen stellen dabei die grösste Gruppe dar. Liechtenstein ist das einzige Nachbarland der Schweiz, in das mehr in der Schweiz wohnhafte Arbeitnehmer/-innen zur Arbeit fahren als umgekehrt. Mitgliedsfirmen der Liechten-

steinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK) beschäftigen in 18 Niederlassungen in der Schweiz über 2600 Personen, weitere 350 Personen arbeiten in Betriebsstätten liechtensteinischer Unternehmen in der Schweiz. Weltweit arbeiten 39 500 Personen bei Niederlassungen der Mitglieder der LIHK ausserhalb Liechtensteins – also mehr Menschen, als es Arbeitsplätze in Liechtenstein gibt.

Herkunft der Zupendler:

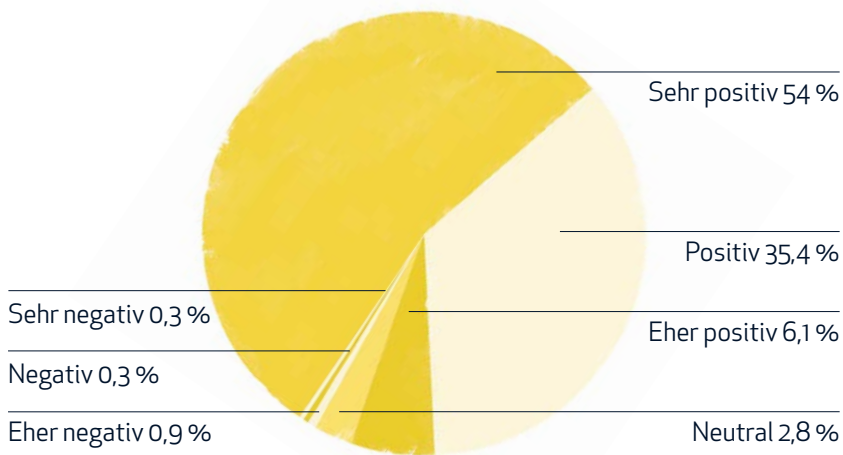
Schweiz	10 506 Personen (53,7%)
Österreich	8 226 Personen (42,1%)
Deutschland	603 Personen (3,1%)
Andere	216 Personen (1,1%)

Quelle: Beschäftigungsstatistik 2014

Unterschiedliche Europapolitik trotz Zollvertrag

Liechtenstein gehört gleichzeitig zwei Wirtschaftsräumen an: Dem Zoll- und Währungsraum Schweiz-Liechtenstein sowie dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Während die Schweiz sich für den bilateralen Weg mit der EU entschieden hat, stimmte das Liechtensteiner Stimmvolk für den EWR-Beitritt, der im Jahr 1995 erfolgte. Gleichzeitig sind Liechtenstein und die EWR-Staaten Island und Norwegen über die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) mit der Schweiz verbunden.

Einstellung zur Zollunion mit der Schweiz in der liechtensteinischen Bevölkerung



Quelle: Repräsentative Umfrage des Liechtenstein-Instituts «20 Jahre EWR-Abkommen», Februar 2015

Starke Verbundenheit mit Österreich

10

Liechtenstein und Österreich verbinden sehr enge und freundschaftliche Beziehungen, die in der politischen, geografischen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nähe beider Länder gründen.

Rund 40 Vereinbarungen und Staatsverträge sichern diese Beziehungen in verschiedenen Bereichen wie Kultur, Bildung, Gesundheit, innere Sicherheit, Justiz, Wirtschaft und Soziales ab. Die steuerliche Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und Österreich ist auf der Basis internationaler Standards seit dem Jahr 2014 umfassend neu geregelt.

In sämtlichen Politikbereichen gibt es einen regelmässigen und intensiven Austausch auf Regierungs- und Verwaltungsebene sowie zwischen den Staatsoberhäuptern. Die enge Zusammenarbeit in der Region, allen voran mit dem benachbarten Vorarlberg, hat für Liechtenstein einen hohen Stellenwert.

Durch den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und den Schengen-Raum sind beide Länder politisch und wirtschaftlich eng verbunden und in Europa integriert. Für Unternehmen aus dem Industrie- und Finanzsektor ist Österreich ein wichtiger Standort – liechtensteinische Firmen beschäftigen in Österreich rund 1400 Personen. Über 8000 Personen pendeln täglich aus Österreich nach Liechtenstein zur Arbeit. Liechtenstein, das Bundesland Vorarlberg und der Kanton St. Gallen bilden im Rheintal eine Industrielandschaft, die auf Exporte im Hochqualitätssektor ausgerichtet ist und eine hohe Innovationskraft aufweist. Österreich zählt zu den wichtigsten Handelspartnern Liechtensteins.



Erfolgreiche kulturelle Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit zwischen Österreich und Liechtenstein im Rahmen der Österreich-Bibliotheken ist ein Beispiel für erfolgreiche Kulturaussenpolitik. Seit 2003 ist Liechtenstein in die Österreich-Bibliotheken an 64 Orten in über 25 Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas eingebunden: In einem Liechtenstein-Regal sind Werke über die Geschichte, Kultur und Geografie des Landes sowie literarische Werke liechtensteinischer Autoren zu finden. Diese Kooperation unterstreicht, dass Liechtenstein und Österreich dem gleichen Kulturraum angehören und über die deutsche Sprache eng verbunden sind.

Regel Austausch im Bildungswesen

Mehrere Abkommen regeln die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in diesem Bereich – unter anderem erkennen Liechtenstein und Österreich Reifezeugnisse und Hochschulabschlüsse des anderen Landes als gleichwertig an.

In Liechtenstein stellt Österreich mit über 40 Prozent die grösste Gruppe von Studierenden und rund vier mal mehr Studenten als Liechtenstein selbst. Österreich und die Schweiz sind umgekehrt für Liechtenstein die wichtigsten Hochschulstandorte.

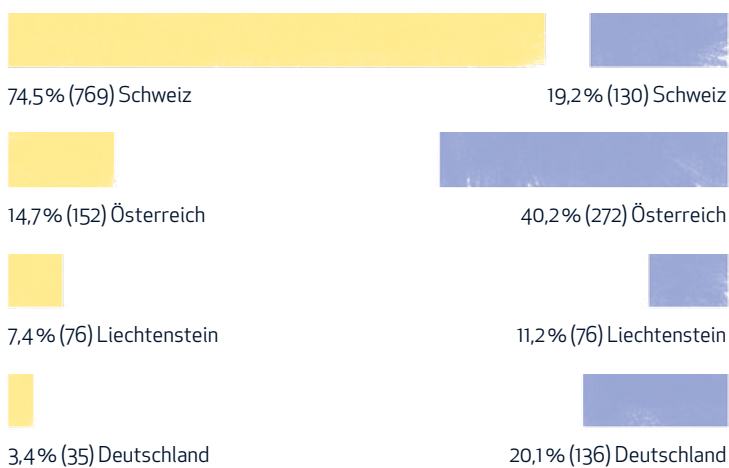


Durch gemeinsame Rechtskultur verbunden

Liechtenstein und Österreich verfügen über eine gemeinsame Rechtskultur und Rechts-tradition. Das österreichische Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch wurde 1812 in Liechtenstein eingeführt. Auch im Strafrecht und der Strafprozessordnung gibt es Parallelen. Aus diesem Grund wird österreichisches Recht oft in Liechtenstein rezipiert. Auf politischer und Verwaltungsebene gibt es zudem einen regen Austausch zu Gesetzgebungsprozessen.

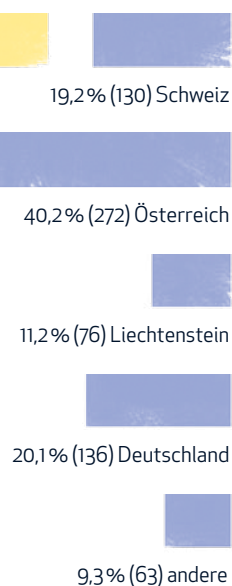
Studienorte liechtensteinischer Studenten bzw. Herkunft Studierender in Liechtenstein

1032 Studierende aus Liechtenstein



Quelle: Bildungsstatistik 2014

677 Studierende in Liechtenstein



Regel wirtschaftlicher Austausch mit Deutschland

12

2002 eröffnete Liechtenstein seine bislang jüngste Botschaft in Berlin mit dem Ziel, die traditionell engen Beziehungen zum bevölkerungsreichsten Staat der EU weiter zu festigen und zu institutionalisieren. Heute sind die Beziehungen auf den Ebenen des Bundes, der Länder und des Parlaments hervorragend. Eine gewinnbringende Zusammenarbeit mit Deutschland gibt es auch im EWR, im Europarat, der UNO und der OSZE. Neben den politischen Beziehungen ist Deutschland einer der stärksten Wirtschaftspartner Liechtensteins. Es gehört zu

den drei wichtigsten Exportmärkten für die liechtensteinische Industrie, und aus keinem anderen Land bezieht umgekehrt die liechtensteinische Industrie so viele Güter wie aus Deutschland. Der wirtschaftliche Austausch wird durch das Doppelbesteuerungsabkommen aus dem Jahr 2011 begünstigt. Nicht zuletzt aufgrund der gemeinsamen deutschen Sprache, deren Förderung eines der grossen Anliegen der liechtensteinischen Aussenkulturpolitik ist, sind beide Länder auch im Kultur- und Bildungsbereich sehr eng verbunden.



Direktinvestitionen und Arbeitsplätze

Liechtensteins Direktinvestitionen in Deutschland (FDI) betragen 2013 1,3 Milliarden Euro. Das ist laut den Angaben der Deutschen Bundesbank vom April 2015 höher als die Direktinvestitionen in Deutschland von Polen, Portugal und Tschechien zusammen. Umgekehrt investierten deutsche Unternehmen 343 Millionen Euro in Liechtenstein. Zehn liechtensteinische Unternehmen sind aktuell mit 21 Niederlassungen in Deutschland präsent und bieten mehr als 6000 Beschäftigten einen Arbeitsplatz. Allein in Bayern gibt es 103 Unternehmen mit einer liechtensteinischen Mehrheitsbeteiligung.

Die drei grössten Exportpartner Liechtensteins im Jahr 2015

Wertmässiger Anteil an Gesamtexporten



Deutschland
CHF 773 Mio. (24.1%)



USA
CHF 488 Mio. (15.2%)



Österreich
CHF 323 Mio. (10.1%)

Die Schweiz ist einer der bedeutendsten Handelspartner Liechtensteins. Aufgrund der Zollunion scheinen diese Zahlen in der liechtensteinischen Exportstatistik aber nicht auf.

Wichtige bilaterale Partner

USA: Wichtigster Partner ausserhalb Europas

Die engen Beziehungen basieren auf gemeinsamen Werten und einer engen Zusammenarbeit in Bereichen, die in beiden Staaten eine hohe Priorität haben. Im Vordergrund stand in den vergangenen Jahren die Zusammenarbeit in Finanzplatzfragen, darunter die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, sowie die Kooperation in Steuerfragen. Grosses Gewicht wurde auch auf die Pflege und Weiterentwicklung der Kontakte mit Administration und Kongress auf Abgeordneten- und Mitarbeiterbene gelegt.

Angesichts der hohen Bedeutung als Exportland – mit einem Wert von 488 Millionen Franken gingen 15,2 Prozent der liechtensteinischen Exporte im Jahr 2015 in die USA – haben zudem die Förderung der Handelsbeziehungen sowie die Bekanntmachung Liechtensteins als attraktiven Wirtschaftsstandort eine grosse Bedeutung.



Netz an Honorarkonsulaten auf asiatischen Raum ausgeweitet

Der Aufbau des Netzes liechtensteinischer Honorarkonsuln begann 2007 in den USA. Mittlerweile gibt es acht Honorarkonsuln in den USA, Deutschland, Hongkong und Singapur. In Asien, wo Liechtenstein keine diplomatischen Vertretungen unterhält, stellen Honorarkonsulate eine Ergänzung zur intensivierten Besuchsdiplomatie dar. Mit Besuchen auf hochrangiger Ebene – teilweise in Begleitung von Wirtschaftsdelegationen – wurde der Pflege der bilateralen Beziehungen mit asiatischen Staaten in den vergangenen Jahren verstärkte Beachtung geschenkt.

Gemeinsames historisches Erbe mit Tschechien

Liechtenstein und Tschechien verbinden über sieben Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte, jedoch erst seit 2009 normalisierte diplomatische Beziehungen. Die noch junge Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und Tschechien ist intensiv und drückt sich in einer Vielzahl von Kooperationen in der Außenpolitik, der Kultur und der Bildung aus. Mit dem Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens wurden die Voraussetzungen für eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen. Eine gemeinsame Historikerkommission erarbeitete eine umfassende Übersicht über die gemeinsame Geschichte, veröffentlicht in acht Bänden. Das Wissen um das gemeinsame kulturelle Erbe bietet eine Grundlage für einen konstruktiven Dialog über nach wie vor offene Fragen der gemeinsamen Geschichte, insbesondere über die entschädigungslose Enteignung von 38 liechtensteinischen Bürgern nach dem Zweiten Weltkrieg.

Hervorragend in Europa integriert



14

Der Beitritt zum Europarat im Jahr 1978 stellte den ersten Meilenstein der liechtensteinischen Integrationspolitik in Europa dar. Damit bekannte sich Liechtenstein ausdrücklich zu gemeinsamen europäischen Grundwerten. 1995 folgte ein weiterer Meilenstein in der Europapolitik: der Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).

Die EWR-Mitgliedschaft war und ist für die stark exportorientierte Wirtschaft Liechtensteins von enormer Bedeutung. Zugleich leistete die EWR-Mitgliedschaft einen wichtigen Beitrag zu einer eigenständigen liechtensteinischen Aussenpolitik. Seit 2011 ist Liechtenstein zudem assoziierter Mitgliedsstaat von Schengen/Dublin, womit die Integration in Europa weiter vertieft wurde.

Ziel des EWR-Abkommens ist die Ausdehnung der vier Grundfreiheiten (Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital) auf alle Mitgliedsstaaten der EU sowie die EWR/EFTA-Staaten Liechtenstein, Norwegen

und Island. Der EWR bietet somit einen barrierefreien Zugang zum europäischen Markt mit 31 Staaten und mehr als 500 Millionen Menschen. Die Bilanz zum 20-jährigen Jubiläum der liechtensteinischen EWR-Mitgliedschaft im Jahr 2015 fiel in Politik, Wirtschaft und Bevölkerung ausgesprochen positiv aus. Auch die EU schätzt die Rolle Liechtensteins im Rahmen des EWR.

Durch die laufende Übernahme binnenmarktrelevanter EU-Rechtsakte gewährleistet Liechtenstein eine einheitliche Regulierung gemäss den Vorgaben des EWR. Mit einer Umsetzungsquote von rund 99 Prozent erweist sich Liechtenstein als verlässlicher Partner, der den hohen Anforderungen an eine umfassende Integration in den europäischen Binnenmarkt gerecht wird. Eine aktuelle Herausforderung im EWR ist die Gewährleis-

tung der homogenen Rechtsordnung im europäischen Binnenmarkt durch eine zeitgerechte Rechtsübernahme und entsprechende Beschlüsse des gemeinsamen EWR-Ausschusses. Hier sind die gemeinsamen Anstrengungen der EWR/EFTA-Staaten und auch der EU gefragt.

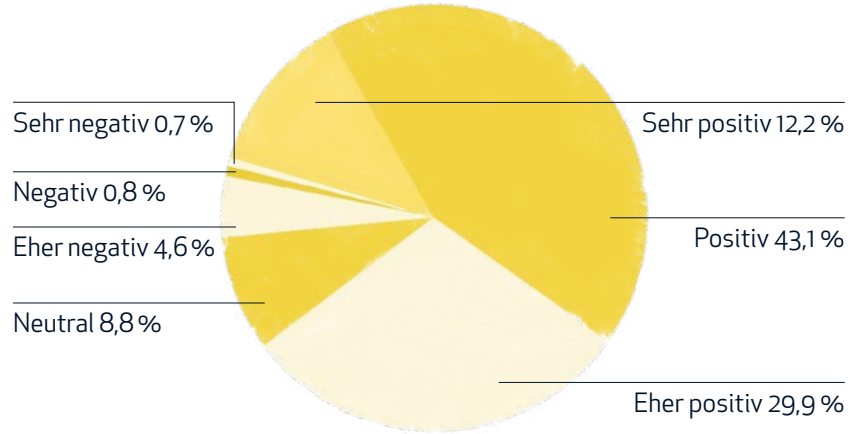
Neben der Integration in den europäischen Binnenmarkt hat die EWR-Mitgliedschaft die Beziehungen zur EU in anderen Bereichen gestärkt. Dies äussert sich insbesondere in der Teilnahme an diversen EU-Programmen etwa in den Bereichen Bildung und Forschung und im regelmässigen politischen Dialog mit der EU zu aussenpolitischen Themen. Ausserdem trägt Liechtenstein die Sanktionspolitik der EU mit und schliesst sich oft Stellungnahmen der EU an, gerade auch in multilateralen Organisationen.



Beitrag zu europäischer Solidarität

Im Rahmen des EWR-Finanzierungsmechanismus leistet Liechtenstein gemeinsam mit den EWR/EFTA-Partnern Island und Norwegen in derzeit 15 EU-Staaten Beiträge zur Reduktion der Ungleichheit innerhalb Europas. Für die Periode von 2009 bis 2014 stellten die EWR/EFTA-Staaten über dieses Instrument gesamthaft 993,5 Millionen Euro zur Verfügung, wovon Liechtenstein etwas mehr als 1 Prozent beisteuerte, was rund 10 Millionen Euro entspricht. Für die Periode von 2014 bis 2021 haben sich die EWR/EFTA-Staaten mit der EU auf eine Fortsetzung des Finanzierungsmechanismus geeinigt. Der EWR-Finanzierungsmechanismus fördert Projekte in unterschiedlichen Bereichen wie Umweltschutz, Klimawandel und erneuerbare Energie, Zivilgesellschaft, menschliche und soziale Entwicklung, Schutz des kulturellen Erbes sowie akademische Forschung in den genannten Bereichen.

Bild der liechtensteinischen Bevölkerung vom EWR



Quelle: Repräsentative Umfrage des Liechtenstein-Instituts «20 Jahre EWR-Abkommen», Februar 2015

Ausschnitt aus dem Fazit des EU-Rats im Dezember 2014 zum Verhältnis zu westeuropäischen Nicht-EU-Staaten

«Der Rat lobt Liechtenstein wegen seiner kontinuierlich ausgezeichneten Umsetzungsquote bezüglich des EWR-relevanten Rechtsbestands ebenso wie wegen seiner Anstrengungen, Lösungen für anstehende Schwierigkeiten bei der Übernahme von relevantem EU-Rechtsbestand in das EWR-Abkommen zu finden. (...) Der Rat nimmt gebührend zur Kenntnis, dass Liechtenstein nicht nur ein Finanzplatz ist, sondern auch ein Industriestandort mit dynamischen Sektoren im pharmazeutischen, technischen und Hochtechnologiebereich.»

Anzahl der in das EWR-Abkommen übernommenen Rechtsakte in den letzten 10 Jahren

2004	305
2005	312
2006	340
2007	415
2008	218
2009	283
2010	346
2011	372
2012	486
2013	400
2014	627
2015	483

Wirtschaftliche Vernetzung

16

Liechtenstein verfügt über eine leistungsstarke und breit diversifizierte Volkswirtschaft. Der grösste Teil der Wertschöpfung erfolgt durch den Industriesektor und den Finanzdienstleistungssektor. Aufgrund der konjunkturellen Probleme der Weltwirtschaft, der Stärke des Schweizer Frankens und der politischen Entwicklungen im Bereich der Steuertransparenz sah sich der Wirtschaftsstandort Liechtenstein in den letzten Jahren mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. Das seit 2009 konstante Beschäftigungswachstum zeugt davon, dass es gelungen ist, diese Herausforderungen zu meistern.

Wichtigstes Ziel der Wirtschaftsaussenpolitik ist es, für die stark auf den Export ausgerichteten liechtensteinischen Unternehmen günstige Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen zu schaffen. Der liberalisierte Marktzugang beruht hauptsächlich auf der Zugehörigkeit

zu zwei Wirtschaftsräumen durch die Zoll- und Währungsunion mit der Schweiz und die Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Das im Rahmen der EFTA (European Free Trade Association) abgeschlossene, weltweite Netz an Freihandelsabkommen bietet zudem einen Rahmen für die Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen ausserhalb des EWR. Die Freihandelsabkommen verschaffen einen stabilen und möglichst diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Märkten. Gleichzeitig unterstützt Liechtenstein die durch die WTO (World Trade Organization) angestrebte generelle Liberalisierung des globalen Handels.

Für eine wissensbasierte Volkswirtschaft ist auch der Schutz des geistigen Eigentums unverzichtbar. Liechtenstein ist daher Mitglied des Europäischen Patentamtes (EPO) und der Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO).



Finanzplatz im Wandel

Mit der Verabschiedung der integrierten Finanzplatzstrategie hat die Regierung die Weichen für die künftige Positionierung des liechtensteinischen Finanzplatzes gestellt. Die Strategie basiert auf dem offiziellen Bekenntnis zu den OECD-Standards und dem Automatischen Informationsaustausch (AIA) sowie den seither abgeschlossenen grenzüberschreitenden Steuerabkommen. Mit der EU hat Liechtenstein ein Abkommen über den AIA abgeschlossen, das am 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist. Neben diesen Bekenntnissen zu Transparenz und zur Steuerkooperation mit anderen Staaten zeichnet sich der inländische Finanzplatz durch die Einhaltung internationaler sowie europäischer Standards und eine hohe Stabilität aus.

Das mehrfache AAA-Rating Liechtensteins durch Standard & Poor's unterstreicht diese Verlässlichkeit.

Für offene Märkte

Dienstleistungen spielen im internationalen Handel auch für Liechtenstein eine immer wichtigere Rolle. Daher beteiligt sich Liechtenstein zusammen mit der EU und 21 weiteren WTO-Mitgliedern an Verhandlungen zu einem plurilateralen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Trade in Services Agreement, TiSA). Das Abkommen beruht auf zentralen Bestimmungen des bestehenden WTO-Abkommens über den Dienstleistungshandel (General Agreement on Trade in Services, GATS) von 1995 und soll um neue Elemente ergänzt werden.



Inmitten von zwei Wirtschaftsräumen

Durch die Mitgliedschaft im EWR und den Zollvertrag mit der Schweiz hat Liechtenstein optimale Voraussetzungen für die exportorientierte Wirtschaft geschaffen. Der EWR sichert Liechtenstein den gleichberechtigten Zugang zum EU-Binnenmarkt und ermöglicht den freien

Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Gleichzeitig bildet Liechtenstein mit der Schweiz einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit offenen Grenzen. Somit profitiert Liechtenstein im Warenverkehr auch von den bilateralen Freihandelsabkommen der Schweiz mit China und Japan.

Wirtschaftsleistung Liechtensteins



1 tätiges Unternehmen
auf 9 Einwohner



Exporte von rund 85000
Franken pro Kopf im Jahr 2015



1 Beschäftigter
pro Einwohner

In der ganzen Welt vernetzt

18

Karte zum Ausklappen →



Liechtensteinische Botschaften und Missionen

- Liechtensteinische Botschaft in Berlin
- Liechtensteinische Botschaft in Bern
- Liechtensteinische Botschaft in Brüssel
- Ständige Vertretung des Fürstentums Liechtenstein bei der EU in Brüssel
- Ständige Vertretung des Fürstentums Liechtenstein bei der EFTA, der WTO und den Vereinten Nationen in Genf
- Ständige Vertretung des Fürstentums Liechtenstein bei den Vereinten Nationen in New York
- Ständige Vertretung des Fürstentums Liechtenstein beim Europarat in Strassburg
- Liechtensteinische Botschaft in Washington
- Liechtensteinische Botschaft in Wien
- Liechtensteinische Botschaft in der Tschechischen Republik (CZE) mit Sitz in Wien
- Ständige Vertretung des Fürstentums Liechtenstein bei der OSZE und den Vereinten Nationen in Wien
- Liechtensteinische Botschaft beim Heiligen Stuhl (nicht residierend)



Honorarkonsulate

- Macon (Georgia), USA
- Los Angeles (Kalifornien), USA
- Portland (Oregon), USA
- Chicago (Illinois), USA
- München, Deutschland
- Frankfurt am Main, Deutschland
- Hongkong, China
- Singapur



Schwerpunktländer des Liechtensteinischen Entwicklungsdienstes (LED)

- Bolivien
- Burkina Faso
- Mali
- Mosambik
- Niger
- Peru
- Republik Moldau (MDA)
- Sambia
- Senegal
- Simbabwe

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)

Zoll- und Währungsunion

- Schweiz (CHE)



Freihandelsabkommen im Rahmen der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA)

- Ägypten
- Albanien (ALB)
- Bosnien und Herzegowina (BIH)
- Kanada
- Zentralamerikanische Staaten (Costa Rica, Guatemala, Panama)
- Chile
- Kolumbien
- Golf-Kooperationsrat (Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate (ARE))
- Hongkong, China
- Israel
- Jordanien
- Republik Korea
- Libanon
- Mazedonien (MKD)
- Mexiko
- Montenegro (MNE)
- Marokko
- Palästinensische Autonomiebehörde
- Peru
- Serbien (SRB)
- Singapur
- Südafrikanische Zollunion (Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika, Swasiland)
- Tunesien
- Türkei
- Ukraine



Laufende EFTA-Verhandlungen

- Algerien
- Georgien
- Zentralamerikanische Staaten (Honduras)
- Indien
- Indonesien
- Malaysia
- Philippinen
- Russland, Weissrussland und Kasachstan
- Thailand
- Vietnam



Gemeinsame EFTA-Zusammenarbeitserklärungen

- Ecuador
- Mauritius
- Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay)
- Mongolei
- Myanmar
- Pakistan



Bilaterale Steuerabkommen

Stand: 1. Februar 2016

- Andorra
- Antigua und Barbuda
- Australien
- Belgien (BEL)
- China
- Dänemark
- Deutschland (DEU)
- Färöer
- Finnland
- Frankreich (FRA)
- Grönland
- Guernsey
- Hongkong
- Indien
- Irland
- Island
- Japan
- Kanada
- Luxemburg (LUX)
- Malta
- Mexiko
- Monaco
- Niederlande (NLD)
- Norwegen
- Österreich
- San Marino
- Schweden
- Schweiz (CHE)
- Singapur
- St. Kitts und Nevis
- St. Vincent und die Grenadinen
- Südafrika
- Tschechischen Republik (CZE)
- Ungarn (HUN)
- Uruguay
- USA
- Vereinigtes Königreich



Grönland

Finnland

Kanada

Norwegen

Island

Färöer

Schweden

Vereinigtes Königreich

Dänemark

NLD

Irland

BEL

DEU

Weissrußland

Guernsey

LUX

CZE

Ukrain

FRA

CHE

AUT

HUN

Monaco

BIH

SRB

Andorra

San Marino

MNE

MKD

ALB

USA

Mexiko

Guatemala

St. Kitts und Nevis

Antigua und Barbuda

Honduras

St. Vincent und die Grenadinen

Costa Rica

Panama

Kolumbien

Ecuador

Marokko

Malta

Libanon

Algerien

Israel

Mali

Niger

Ägypten

Senegal

Burkina Faso

Brasilien

Peru

Bolivien

Paraguay

Chile

Uruguay

Argentinien

Namibia

Sambia

Botswana

Südafrika



Q Russland

Q Kasachstan

Mongolei

Q Georgien

Türkei

Pal. Aut.

Jordanien

Kuwait

Saudi-Arabien

Bahrain

Katar

ARE

Oman

Pakistan

Q Indien

Myanmar

Q Thailand

Q Vietnam

Q Philippinen

Q Malaysia

Singapur

Q Indonesien

Mosambik

Mauritius

Swasiland

Lesotho

Australien

Japan

Republik Korea

Hongkong



engagiert

- Schutz der Menschenrechte
- Sicherheit und Verbrechensbekämpfung



Schutz der Menschenrechte

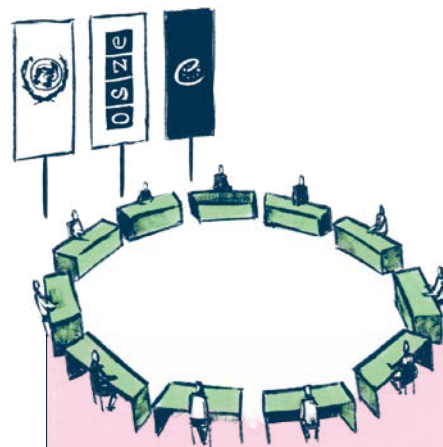
26

Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte sind Leitmotive der liechtensteinischen Aussenpolitik. Grundlage dieses Engagements ist die Überzeugung, dass die Respektierung der Menschenrechte sowie die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat die Basis für Entwicklung, Sicherheit und Frieden bilden.

Schwerpunkte innerhalb der Förderung der Menschenrechte sind Frauen- und Kinderrechte sowie die Bekämpfung von Folter und Todesstrafe. Ausserdem setzt sich Liechtenstein für die Stärkung der internationalen Menschenrechtsstrukturen und -mechanismen ein sowie für die Bekämpfung der Straflosigkeit bei schwersten Menschenrechtsverletzungen.

Weitere wichtige Anliegen bilden der Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten und der generelle Einsatz für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts.

Neben dem Engagement in multilateralen Organisationen misst Liechtenstein der nationalen Umsetzung der international eingegangenen Verpflichtungen grosses Gewicht bei. Die gute Menschenrechtsbilanz, die Liechtenstein von internationalen Gremien attestiert wird, stärkt die Glaubwürdigkeit der liechtensteinischen Aussenpolitik.



Weiterentwicklung des Völkerrechts

Liechtenstein setzt sich in multilateralen Organisationen wie der UNO, der OSZE und dem Europarat für die Weiterentwicklung internationaler Menschenrechtsstrukturen ein. Im Europarat hat die Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) einen hohen Stellenwert. Die Funktionsfähigkeit des EGMR als zentralem Pfeiler des Menschenrechtsschutzes in Europa zu sichern, ist ein wichtiges Anliegen der liechtensteinischen Aussenpolitik. Die Bewältigung der grossen Zahl an Individualbeschwerden ist dafür zentral. Liechtenstein hat dieses Ziel mit freiwilligen Beiträgen finanziell unterstützt und ausserdem Vorschläge zur Reform eingebracht, die sich mehrfach in Verhandlungsergebnissen und Reformmassnahmen widerspiegeln.

Der Internationale Strafgerichtshof (ICC)

Liechtenstein engagiert sich seit langem dafür, dass schwerste Verbrechen gemäss Völkerstrafrecht – wie Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit – geahndet werden, insbesondere durch den Internationalen Strafgerichtshof (ICC). Unter liechtensteinischem Vorsitz führte 2010 die erste ICC-Überprüfungskonferenz in Kampala (Uganda) zu einem Konsens zur Definition des Aggressionsverbrechens.



Am 8. Mai 2012 ratifizierte Liechtenstein als weltweit erster Staat diese Vertragszusätze. Sie sollen es dem ICC ab 2017 ermöglichen, die schwerste Form völkerrechtswidriger Gewaltanwendung zwischen Staaten strafrechtlich zu verfolgen.

Zusammen mit dem Global Institute for the Prevention of Aggression führt Liechtenstein eine globale Kampagne, um weitere Staaten bei der Ratifikation und Umsetzung der Vertragszusätze zu unterstützen (www.crimeofaggression.info). Zudem hat Aussenministerin Aurelia Frick ein Netzwerk von Ministern etabliert, die den ICC politisch unterstützen.

Liechtensteins Engagement für Frauenrechte

Die Umsetzung der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit des UNO-Sicherheitsrats ist seit Jahren ein Schwerpunkt der liechtensteinischen Aussenpolitik. Die Förderung der gleichberechtigten Mitwirkung von Frauen in der Konfliktprävention sowie an Friedens- und Wiederaufbauprozessen geniesst einen hohen Stellenwert. Liechtenstein unterstützt zudem die Bekämpfung von sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten. Darüber hinaus arbeitet Liechtenstein mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zusammen, die sich vor allem in der UNO für die Umsetzung der UNO-Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit einsetzen.



Von 2015 bis 2019 unterstützt Liechtenstein die Arbeit der UNO-Frauenrechtskommission – dem wichtigsten UNO-Gremium im Bereich der Frauenförderung und Geschlechtergleichstellung – als Mitglied und gestaltet deren Aktivitäten aktiv mit.

Sicherheit und Verbrechensbekämpfung

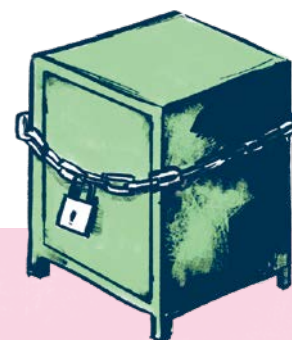
28

Als Kleinstaat ohne eigene Armee hat Liechtenstein ein grosses Interesse daran, sich an internationalen Bemühungen zur Förderung der globalen Sicherheit zu beteiligen. Dementsprechend engagiert sich Liechtenstein vor allem in multilateralen Organisationen wie der UNO und der OSZE für die Regulierung des internationalen Waffenhandels und Abrüstung.

Im Bereich Verbrechensbekämpfung ist es ein zentrales Anliegen, dass Dienstleistungen des liechtensteinischen Finanzplatzes nicht für kriminelle Aktivitäten wie Geldwäsche und Terrorfinanzierung missbraucht werden. Aus diesem Grund beteiligt sich Liechtenstein aktiv an der Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung solcher Aktivitäten und beim Aufbau nationaler Kapazitäten in Partnerstaaten.

Gleichzeitig verstärkt Liechtenstein kontinuierlich sein nationales Dispositiv gegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung nach den Vorgaben der Financial Action Task Force, der OECD und der EU-Geldwäscherei-Richtlinien.

Liechtenstein engagiert sich zudem bei der Bekämpfung von Korruption, einerseits als Mitglied der Gruppe von Staaten gegen Korruption des Europarats (GRECO) und andererseits als Vertragsstaat des UNO-Übereinkommens gegen Korruption (UNCAC). Weiter beteiligt sich Liechtenstein an internationalen Abkommen und Initiativen gegen organisierte Kriminalität, Geldwäscherei, Menschenhandel und Internetkriminalität.



Umsetzung von Sanktionen

Seit dem UNO-Beitritt im Jahr 1990 setzt Liechtenstein internationale Sanktionen des UNO-Sicherheitsrats um. Gleichzeitig setzt sich Liechtenstein für eine verbesserte Transparenz sowie die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien bei UNO-Sanktionen ein. Ein hoher Stellenwert kommt der Bekämpfung der Finanzkriminalität und insbesondere Massnahmen zur Sperrung illegal erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen zu, um Gelder krimineller Herkunft vom Finanzplatz fernzuhalten und veruntreute staatliche Gelder an die betroffenen Länder zurückzuführen. Liechtenstein assoziiert sich in den meisten Fällen mit den restriktiven Massnahmen der EU im Rahmen ihrer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik.

Für einen effektiveren UNO-Sicherheitsrat

Liechtenstein hat einen Verhaltenskodex erarbeitet, der dazu beitragen soll, dass der Sicherheitsrat effektiver auf Massenverbrechen wie zum Beispiel Völkermord reagiert. Über 100 Staaten, darunter der Grossteil der derzeitigen Ratsmitglieder inklusive der Vetomächte Frankreich und Grossbritannien, haben sich der Initiative bereits angeschlossen.

Zur Frage, ob und wie die Zahl der Sicherheitsratsmitglieder erweitert werden soll, hat Liechtenstein einen Kompromiss vorgeschlagen: Die Schaffung einer neuen Kategorie von langfristigen Sitzen von acht bis zehn Jahren, die die derzeitigen Kategorien (fünf permanente, zehn zweijährige Sitze) ergänzen würden.

Zudem engagiert sich Liechtenstein für mehr Transparenz und eine bessere Zusammenarbeit mit Nicht-Mitgliedstaaten.

Aktive Rolle in der OSZE

Liechtenstein gehörte als bündnisfreies Land ohne Militär im Jahr 1975 zu den Gründungsmitgliedern des KSZE-Prozesses, der in der Schaffung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) mit Sitz in Wien mündete. Sie ist heute das zentrale

Dialogforum zu europäischen Sicherheitsfragen. Mit freiwilligen Beiträgen geht Liechtenstein immer wieder Kooperationen ein, zum Beispiel auf dem Westbalkan im Bereich der Rüstungskontrolle oder in der Ukraine im Bereich Korruptionsbekämpfung.



Abrüstung

Liechtenstein hat den Atomwaffensperrvertrag (NPT) ratifiziert, eines der wichtigsten multilateralen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsübereinkommen, und ein Kontrollabkommen mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) abgeschlossen. Zudem hat Liechtenstein die Abkommen über das Verbot chemischer (CWC) und biologischer (BWC) Waffen sowie über das Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) ratifiziert. Weiter setzt sich Liechtenstein

dafür ein, den illegalen Handel mit konventionellen Waffen zu unterbinden und ein Verbot von Waffen durchzusetzen, die übermässiges Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken. Vor diesem Hintergrund engagiert sich Liechtenstein für eine Stärkung und Weiterentwicklung des Humanitären Völkerrechts. So hat Liechtenstein im Rahmen des Übereinkommens gegen Streumunition 2012 als eines der ersten Länder auch die Finanzierung von Streumunition verboten.





solidarisch

- Klimapolitik
- Internationale Solidarität

Klimapolitik

32

Engagement für den Klimaschutz auf internationaler Ebene

Seit Jahren setzt sich Liechtenstein auf internationaler Ebene für eine Reduktion der globalen Treibhausgasemissionen und einen verbesserten Klimaschutz ein. Die Ratifikation des Kyoto-Protokolls sowie dessen Verlängerung bis 2020 unterstreichen dieses Engagement. An den Verhandlungen zum Pariser Klimavertrag hat Liechtenstein sich für ein universell geltendes und ambitioniertes Abkommen eingesetzt. Das Pariser Abkommen beinhaltet das Ziel, die globale Klimaerwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen und setzt einen Rahmen für die Verbesserung der Massnahmen zum Klimaschutz durch die Vertragsstaaten. Liechtenstein strebt nun eine rasche Ratifikation des Pariser Abkommens an.

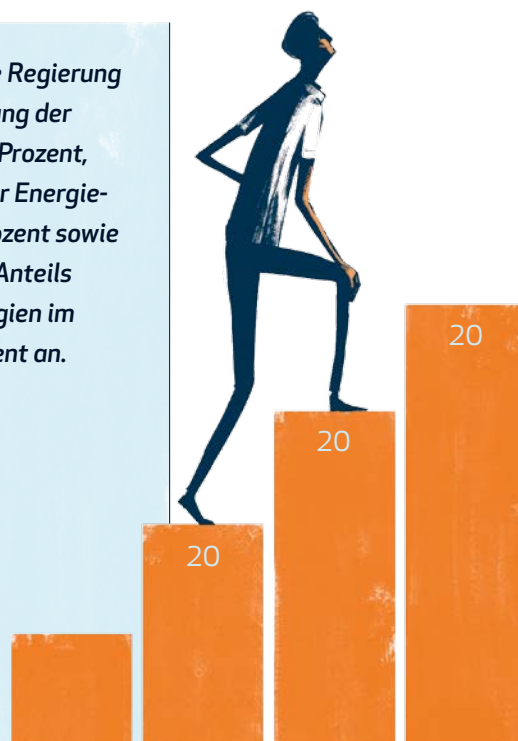
Glaubwürdiger Beitrag zum Klimaschutz im Inland

Liechtenstein gehört absolut wie auch relativ gesehen nicht zu den grossen Emittenten von Treibhausgasen. Die Bevölkerung in Liechtenstein ist seit 1990 um etwa 25 Prozent und das Bruttoinlandprodukt um etwa 140 Prozent gewachsen. Trotz dieses starken Wachstums ist es gelungen, die Treibhausgasemissionen vom Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum zu entkoppeln: Die Emissionen wurden bis 2012 gemäss den Vorgaben des Kyoto-Protokolls gesenkt.



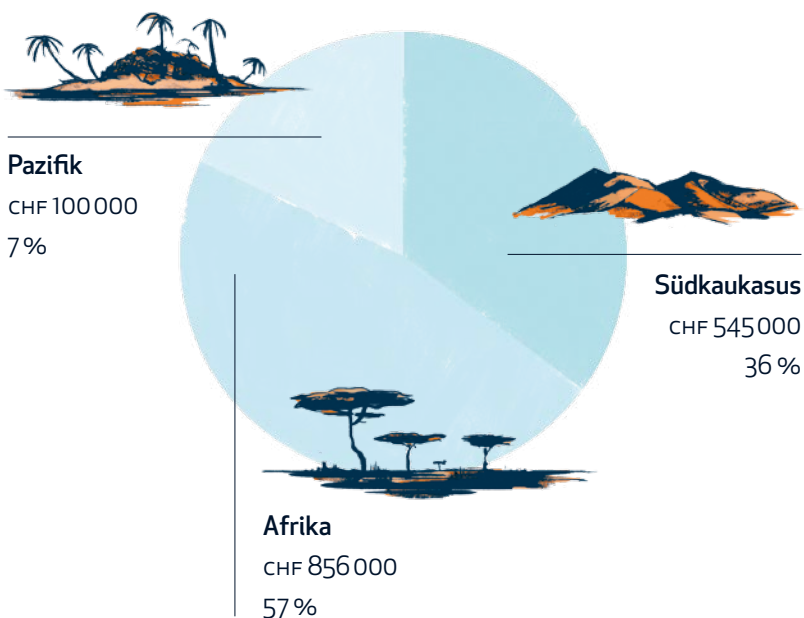
Solarweltmeister:
Mit 481 Watt installierter Photovoltaik-Leistung pro Kopf wies Liechtenstein 2014 weltweit den höchsten Wert aus.

Bis 2020 strebt die Regierung eine weitere Senkung der Emissionen um 20 Prozent, eine Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent sowie die Anhebung des Anteils erneuerbarer Energien im Inland auf 20 Prozent an.



Aufteilung der Klimagelder nach Regionen

Gesamt: CHF 1,5 Mio.



Solidarität mit betroffenen Staaten

Solidarität mit Ländern, die künftig besonders stark unter der Klimaerwärmung leiden werden, spielt für Liechtenstein in der Klimapolitik eine zentrale Rolle. Das Land gehört im internationalen Vergleich relativ gesehen zu den grössten Geldgebern im Bereich der Klimafinanzierung. Seit 2011 hat Liechtenstein neue und zusätzliche Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Schweizer Franken für Klimaprojekte in Entwicklungsländern bereitgestellt.

Diese Projekte zielen einerseits darauf ab, Emissionen zu reduzieren und die Effizienz zu erhöhen, um den Klimawandel zu schwächen (**Mitigation**). Andererseits werden Projekte zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützt (**Adaptation**).

Aufteilung der Klimagelder in Mitigation und Adaptation

Gesamt: CHF 1,5 Mio.



Internationale Solidarität

34

Internationale Solidarität ist einer der zentralen Pfeiler der liechtensteinischen Aussenpolitik, was sich am überdurchschnittlich hohen finanziellen Engagement in diesem Bereich zeigt. Seinen Beitrag zur Linderung von Not und Armut in verschiedenen Regionen der Welt zu leisten, entspricht dem Selbstverständnis Liechtensteins als wohlhabendes Land und als verlässlicher Partner in der Staatengemeinschaft.

Im Zentrum des solidarischen Engagements Liechtensteins steht die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE). Weitere Pfeiler des liechtensteinischen Engagements sind beispielsweise die Beteiligung am EWR-Finanzierungsmechanismus oder die Klimafinanzierung. Die IHZE umfasst alle Formen des liechtensteinischen Engagements im humanitären und entwicklungspolitischen Bereich.

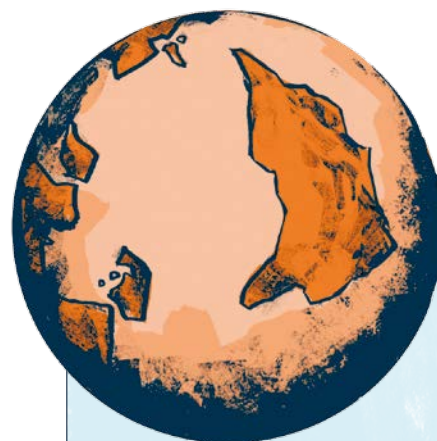
Die Not- und Wiederaufbauhilfe leistet kurzfristige und dringliche Hilfsmassnahmen bei Naturkatastrophen,

politischen Krisen und bewaffneten Konflikten. Ein besonderes Augenmerk gilt den von der internationalen Gemeinschaft wenig beachteten Notlagen.

Die Internationale Flüchtlings- und Migrationshilfe ist auf einen nachhaltigen und umfassenden Ansatz zur Bewältigung der globalen Flüchtlings- und Migrationsproblematik ausgerichtet. Die bilateralen Aktivitäten konzentrieren sich dabei auf die Staaten des Balkans.

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit erfolgt über den Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED). Der LED ist in zehn Schwerpunktländern tätig und konzentriert sich auf die Entwicklung ländlicher Regionen und auf Bildung.

Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit legt ein besonderes Augenmerk auf die Förderung von guter Regierungsführung. Zentrale Schwerpunkte der liechtensteinischen Aussenpolitik im Menschenrechtsbereich werden so im Rahmen der IHZE zusätzlich gefördert.



Kleines Land, grosser Helfer
Für das Jahr 2016 sind in der liechtensteinischen Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) 22,54 Millionen Franken budgetiert. 2013 erreichte Liechtenstein einen ODA-Prozentsatz von 0,65. Diese Kennzahl setzt die offiziellen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in ein Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen. Damit gehört Liechtenstein relativ gesehen zu den weltweit führenden zehn Geldgebern in der Entwicklungszusammenarbeit. www.llv.li/ihze

Mittelverteilung 2014 nach Regionen



Europa
15%

Naher Osten
3%

Afrika
40%

Süd- und Zentralamerika
18%

Asien
5%

Global
19%



Engagement für syrische Flüchtlinge

Liechtenstein verfolgt im Zusammenhang mit der Situation in Syrien einen doppelten Ansatz. Einerseits beteiligt sich Liechtenstein freiwillig an der Umverteilung von Asylsuchenden aus der EU. So hat Liechtenstein zugesagt, im Rahmen der im Juli und September 2015 beschlossenen Relocation-Programme 43 Asylsuchende aus EU-Staaten

aufzunehmen. Zudem wurden bereits 23 syrische Flüchtlinge aus Jordanien und der Türkei im Rahmen eines Resettlement-Programms aufgenommen.

Andererseits hat Liechtenstein im Rahmen der Not- und Wiederaufbauhilfe seit Ausbruch der Krise Projekte in Syrien, Jordanien und Libanon mit insgesamt 1,8 Millionen Franken unterstützt und damit unmittelbar vor Ort Hilfe geleistet. Ein Pro-

jekt der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) für syrische Flüchtlingskinder in Jordanien wurde bereits vier Mal mitfinanziert. Mit einem Beitrag von 300 000 Franken können dort 5000 Schulkinder unterstützt werden. Ausserdem wurde im Libanon ein Bildungsprojekt für syrische Flüchtlinge und Einheimische mit 300 000 Franken finanziert.

Impressum**Herausgeber:**

Ministerium für Äusseres,
Bildung und Kultur
Peter-Kaiser-Platz 1
9490 Vaduz
Liechtenstein

Internet:

www.regierung.li
www.aaa.llv.li
Twitter: @MFA_LI

Grafik und Gestaltung:

Büro für Gebrauchsgraphik AG,
Vaduz

Druck:

BVD Druck+Verlag AG, Schaan

Zweite, überarbeitete Auflage
Februar 2016



REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

MINISTERIUM FÜR
ÄUSSERES, BILDUNG UND KULTUR